

# Unbeliebte Anliegergebühren sind Geschichte

**Die grundhafte Sanierung maroder Straßen soll künftig von allen bezahlt werden**



*Die Formerstraße soll in diesem Jahr für 1,3 Millionen Euro ausgebaut werden.*

DIETZHÖLZTAL. „Wer soll das bezahlen?“, fragte Jupp Schmitz in seinem Karnevalslied schon 1949 – und hatte dabei nicht die Straßenausbaubeiträge im Blick, die bislang auch den Anwohnern Dietzhöhlzals drohten. Ein aktuelles Beispiel macht das schnell deutlich: In diesem Jahr soll die Jägerstraße grundhaft saniert werden. Die benötigten Kosten dafür werden mit 714.000 Euro kalkuliert, von denen die 15 Anlieger sich Dreiviertel der Kosten oder gut 535.000 Euro hätten teilen müssen. Im Schnitt wären das fast 36.000 Euro gewesen.

## Hohe einmalige Anliegerbeiträge können finanzielle Bedrängnis bringen

Solche Beträge bringen manchen Anlieger in finanzielle Bedrängnis oder ruinieren ihn gar. Und auch für die Bürgermeister, die mit den entsprechenden Bescheiden an die Anlieger herantreten mussten, war dies eine ausgesprochen unangenehme Aufgabe, wie sich Stephan Aurand (SPD) noch gut zu erinnern wusste, der zu Beginn seiner Amtszeit gleich mehrere Straßensanierungen abrechnen „durfte“.

## Straßensanierungen wurden aufgeschoben

Eine Folge dieser Situation: Angesichts des „erheblichen Konfliktpotenzials“, wie es Matthias Kreck (CDU) formulierte, taten sich alle politisch Verantwortlichen schwer, die teuren Straßensanierungen anzupacken. Und damit für einen Sanierungsstau auf kommunaler Ebene sorgen, wie es ihn auch beim Schienennetz der Bahn, den Autobahnbrücken oder den Schleusen der wichtigen Wasserstraßen gibt.

## Kommunen erhalten Entscheidungsspielraum

Landesweit sorgten die Straßenausbaubeiträge für großen Unmut bei den Betroffenen, weshalb das Land 2018 die Pflicht, solche Anliegerbeiträge zu erheben, abschaffte. Und damit den schwarzen Peter den Kommunen zuschob, die nun entscheiden mussten, wie die Sanierung maroder Straßen bezahlt werden sollte.

## Richtiger und rechtssicherer Weg notwendig

„Nichts hat uns so lange und so viel beschäftigt“, blickte denn auch Matthias Kreck auf die immer wiederkehrenden Diskussionen und Überlegungen zu diesem Thema zurück. Konkreter formuliert das Bürgermeister Andreas Thomas: „Wir haben uns über einen längeren Zeitraum vom Hessischen Städte- und Gemeindebund eigenen Freiherr-vom-Stein-Institut in Person von Rechtsanwalt Konrad Dörner aus Bad Nauheim beraten lassen und alle zulässigen Modelle der Straßenfinanzierung beraten. Ich habe den Kontakt zur dortigen Geschäftsführung in Person von Harald Semler hergestellt, der uns dann zuvor mit dem Institut ein Angebot zur Beratung machte. Mit großem Fleiß haben Susanne Fey und Michael Schneider das Konzept für Dietzhöhlztal weiterentwickelt.“



*Die Formerstraße soll ausgebaut werden.*

## **Einstimmiger Beschluss**

Im Kern ging es um die von Jupp Schmitz gestellte Frage: Wer soll das bezahlen? Die Antwort lautet nun gewissermaßen: Alle. Was insofern schon deshalb Sinn ergibt, weil auch sogenannte Anliegerstraßen wie die Jägerstraße nicht nur von den direkten Anliegern genutzt werden. Alle sollen deshalb an den Kosten beteiligt werden, und zwar vor allem durch die Grundsteuer B, die Besitzer von bebauten und bebaubaren Grundstücken zahlen müssen. Einstimmig hoben die Gemeindevertreter deshalb die alte Straßenbeitragsatzung auf.

## **Erhöhung der Grundsteuer B finanziert teilweise die notwendigen Straßensanierungen**

Die Grundsteuer B wiederum wird dafür ab 2025 in Dietzhölztal deutlich steigen – um 54,5 Prozent, wie Stephan Aurand vorrechnete. Die SPD-Fraktion hatte deshalb – am Ende vergeblich – vorgeschlagen, diese Erhöhung auf drei Jahres-Etappen zu strecken. Das sei sozialverträglicher, erklärte Aurand in der Sitzung der Gemeindevertretung. „Grundsätzlich bin ich da bei Dir“, entgegnete ihm Matthias Kreck und widersprach ihm zugleich aus zwei Gründen: Beim kommunalen Finanzausgleich werde davon ausgegangen, dass Dietzhölztal so stark erhöhe. Verlange die Gemeinde von ihren Bürgern weniger, müsse sie die Differenz selbst tragen. Zum Zweiten sollen die Mehreinnahmen ausschließlich in die Straßensanierung fließen, was die Bürger wiederum entlaste.

## **Hohe Investitionen für die Gemeindestraßen stehen in den kommenden Jahren an.**

Die Mehreinnahmen aus der Grundsteuer B von rund 360.000 Euro werden freilich nicht für die Straßensanierung reichen, wie ein Blick auf die gleichfalls vom Parlament beschlossene Prioritätenliste der vorrangig instand zu setzenden Straßen deutlich macht. Da warten in den kommenden Jahren noch ganz andere Brocken



*Die 714.000 Euro teure grundhafte Sanierung der Jägerstraße soll in diesem Jahr ohne Anliegerbeiträge finanziert werden.*

als die Jägerstraße. Und die soll in diesem Jahr nicht die einzige sein. Die Gemeindevertreter stimmten auch dafür, die Formerstraße mit in das Programm aufzunehmen – Kostenpunkt dafür: 1,3 Millionen Euro.

*Bilder + Text: Frank Rademacher*



*Die Jägerstraße soll in diesem Jahr grundhaft erneuert werden.*